

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 03 86 846 ppbn d

Inhalt

Herbert Ehrenberg MdB,
Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung, würdigt
die Arbeiterwohlfahrt an-
lässlich ihres 60jährigen
Bestehens: Entscheidende
Hilfe.

Seite 1/2

Karsten D. Voigt MdB for-
dert, nach dem Berliner
Parteitag und den NATO-
Beschlüssen auf den poli-
tischen Vorrang der Rü-
stungskontrolle zu drän-
gen.

Seite 3/4

Peter Conradi MdB befaßt
sich mit dem ICC in Berlin
und zieht Folgerungen für
den Bundestagsneubau.

Seite 5/6

Wolfgang Fechner kommen-
tiert die Brüsseler NATO-
Beschlüsse: Jetzt liegt
die Entscheidung bei der
Sowjetunion.

Seite 7

Buchbesprechung

Horst Ehmke MdB bespricht
Edvard Kardeljs Buch "Die
Wege der Demokratie in der
sozialistischen Gesell-
schaft." Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 239

13. Dezember 1979

Entscheidende Hilfe

60 Jahre Arbeiterwohlfahrt - 60 Jahre soziales Engagement

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

In diesen Tagen wird die Arbeiterwohlfahrt 60 Jahre alt. Ihr ist zu danken für ihre jahrzehntelange erfolgreiche Tätigkeit für hilfebedürftige Menschen und benachteiligte Randgruppen. Die Arbeiterwohlfahrt hat gezeigt, daß unsere Gesellschaft eben nicht nur dem individualistischen Leistungsideal verhaftet sein kann und darf, sondern daß das gesellschaftliche, das menschliche Miteinander seinen eigentlichen Sinn erst durch Solidarität, durch soziales Engagement, durch Mitmenschlichkeit erfährt.

Die Arbeiterwohlfahrt als eine der größten Verbände der freien Wohlfahrtspflege wirkt sehr verdienstvoll, aber oft nur im Stillen. Ihrer Hilfe tut das sogar gut. Sie ist wirksam und zuverlässig für viele ältere Mitmenschen, für Kranke, für Behinderte, für kinderreiche Familien, für Obdachlose und viele andere. Oft ist es die entscheidende Hilfe, die ihnen Mut gibt, menschliche Kontakte anzuknüpfen oder wieder aufzubauen.

Somit leistet die Arbeiterwohlfahrt einen wichtigen Beitrag dazu, den Auftrag, den unsere Gesellschaft sich selbst gestellt hat, zu erfüllen: Den sozialen Rechtsstaat zu ver-



wirklichen. Ohne dies sozialverpflichtete Handeln der Beschäftigten und ehrenamtlichen Mitwirkenden der Arbeiterwohlfahrt wäre dieser Staat nicht der Sozialstaat, wie wir ihn nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Trümmern gemeinsam wieder aufgebaut haben.

Dieser Staat braucht gerade in der Sozialpolitik diese sachkundige Mitarbeit und das Engagement von haupt- wie ehrenamtlichen Mitarbeitern, die soziale Arbeit und Sozialpolitik als ihren persönlichen Einsatz verstanden wissen wollen. Ich möchte den über 100.000 hauptberuflichen wie ehrenamtlichen Mitarbeitern der Arbeiterwohlfahrt dafür meinen Dank aussprechen.

Und ich verbinde damit die Hoffnung, daß sich die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den Wohlfahrtsverbänden weiter so entwickelt wie bisher. Ich denke beispielsweise dabei an das jüngere arbeitsmarktpolitische Sonderprogramm für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen, bei dem wir den ganzen Bereich der sozialen Dienste maßgeblich fördern. Wir verbinden damit unsere arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen, Arbeitslose wieder einzugliedern, mit den gesellschaftlichen Bemühungen um mehr soziale Dienste und eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Es geht dabei um ganz konkrete Hilfen für benachteiligte Mitbürger sowie allgemein eine Verbesserung der Lebensqualität. Der große Erfolg dieses Programms, das schwerpunktmäßig ambulante Dienste für Kranke, Ältere oder Behinderte umfaßt, gibt uns recht auf diesem Weg.

Die Arbeiterwohlfahrt, 1919 nach einem verlorenen Krieg gegründet, hat in ihrer sozialen Arbeit gezeigt, wie sie der Not auf der Spur bleibt und erkennt, wo Hilfen nötig sind und Menschen zu kurz kommen. Für den Staat und für die freien Träger der Sozialarbeit ergeben sich noch viele Aufgaben, damit jeder Mensch, wie es das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes vorschreibt, ein Leben in Freiheit und Würde und ohne Angst führen kann. Diese Aufgaben können wir nur lösen, wenn alle die Verantwortung für den einzelnen und für die Gesamtgesellschaft im Auge behalten. Die Arbeiterwohlfahrt hat dies stets getan, und deshalb habe ich keine Sorge, daß sie ihre Arbeit in den nächsten Jahrzehnten mit Kraft, Mut und Entschlossenheit fortsetzt.

(-/13.12.1979/Ks/ca)

+ + +



Jetzt nicht resignieren

Nach dem Berliner Parteitag und Nato-Beschluß auf den politischen
Vorrang der Rüstungskontrolle drängen

Von Karsten D. Voigt MdB

Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit

Aus der Berichterstattung über den Berliner Bundesparteitag der SPD konnte man bereits entnehmen, daß diejenigen, die den NATO-Beschluß über die neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen in seinem verteidigungspolitischen oder rüstungskontrollpolitischen Inhalt oder in seinem Zeitpunkt kritisieren, sich nicht durchsetzen konnten.

Allerdings haben die Kritiker in Einzelabstimmungen über einzelne Elemente des Beschlusses zur Mittelstreckenproblematik bis zu über 40 Prozent der Delegierten für ihre Vorstellungen gewinnen können. Außerdem konnte im Beschluß ausdrücklich festgehalten werden, daß eine Ablehnung des SALT II-Abkommens "eine neue Lage schaffen" würde und das die Bundesregierung der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen "nur unter auflösenden Bedingungen zustimmen" kann, "daß auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen."

Bereits vor dem Parteitag hatte die Antragskommission den ursprünglich vom Parteivorstand vorgelegten Antragstext in wichtigen Teilen verändert: So steht jetzt in Ziffer 26 des Beschlusses ausdrücklich, daß es das Ziel der Verhandlungen ist, "die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen." Außerdem ist (so Ziffer 29) "zu prüfen, ob bei fortschreitenden Verhandlungen überprüfbar vereinbarte Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtern würden."

In der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet blieb, daß der Parteitag durch weitere über die ursprünglichen Empfehlungen des Parteivorstandes und der Antragskommission hinausgehende Änderungen den rüstungskontrollpolitischen Schwerpunkt des Beschlusses weiter verstärkte:

So wurden (in Ziffer 6) "einseitige militärische Vorleistungen" unter bestimmten Vorbedingungen für sinnvoll erklärt. Die Bundesregierung wurde (in Ziffer 25) aufgefordert, "im Bündnis darauf zu drängen", daß bald insbesondere auch zur Neutronenwaffe Verhandlungskonzeptionen entwickelt werden. Das Verbot von Satellitenwaffen (Ziffer 31), das Verbot der Erforschung, Entwicklung und Einführung von Strahlenwaffen (Ziffer 32), "eine verstärkte Kontrolle der Rüstungsforschung" wurde vom Parteitag gefordert.

In weiteren Beschlüssen lehnte der Parteitag die Schaffung einer westeuropäischen Nuklearstreitmacht ab. Er forderte eine Verschärfung des Kriegswaffenkontrollgesetzes, damit eine bessere Kontrolle von Waffenexporten ermöglicht wird. Erstaunlich ist, daß trotz der gegenwärtigen aktuellen Diskussion über den Iran der Beschluß des Parteitages, in dem nachdrücklich jede militärische Intervention abgelehnt wird, in der Öffentlichkeit völlig übersehen wurde. Es heißt dort: "Die SPD sieht in Eingreiftruppen zur gewaltsamen Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Interessen in der Dritten Welt den Ausdruck roher kolonialistischer Gesinnung und eine akute Gefahr für den Frieden



in der Welt. Sie lehnt deshalb entsprechende Vorstellungen scharf ab und fordert die Bundesregierung auf, sich von derartigen Plänen eindeutig und unmißverständlich zu distanzieren." Nachdrücklich wurden Friedensforschung und Friedenserziehung unterstützt. In dem Beschluß zur Friedenserziehung unterstützt die SPD erstmals durch einen Parteitag die "Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit". Es heißt dort: "Wir unterstützen die Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit und die Gründung regionaler Initiativen und fordern die SPD-Funktionäre auf, darin aktiv zu werden."

Dieser Beschluß des SPD-Bundesparteitages ist all denen ins Stammbuch geschrieben, die meinen, daß Friedenspolitik nur eine Aufgabe der Regierungen und Parlamente sei, von denen friedenspolitisch engagierte Bürger und Gruppen die Finger zu lassen hätten. Nicht zuletzt das sachkundige Engagement von einzelnen Bürgern und interessierten Gruppen wird in den kommenden Jahren mit darüber entschieden, ob tatsächlich alle Anstrengungen gemacht werden, die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen durch Verhandlungen überflüssig zu machen.

Der SPD-Bundesparteitag hat in allen seinen Beschlüssen seine Unterstützung der Entspannungspolitik und den politischen Vorrang der Rüstungskontrolle betont.

Wir entscheiden durch unsere politische Arbeit in den Städten und Gemeinden, in Parteien, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen, Jugendorganisationen und den Verbänden der Friedensbewegung mit darüber, ob diesen guten politischen Absichtserklärungen der nötige Nachdruck verliehen wird. Auch diejenigen, die eine andere Entscheidung des SPD-Bundesparteitages zur Problematik der Produktion und Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen gewünscht haben, müssen sich eingestehen, daß auch eine andere Entscheidung des Parteitages in Berlin die lange vorbereiteten Entscheidungen der NATO in Brüssel in der Substanz kaum mehr hätten verändern können. Auch nach den Brüsseler NATO-Entscheidungen aber darf keiner, der friedens- und abrüstungspolitisch engagiert ist, resignieren. Ob die Weichenstellung in den nächsten Jahren in Richtung auf Rüstungskontrolle und Abrüstung oder in Richtung auf eine Wiederbelebung des Kalten Krieges gestellt wird, hängt gerade auch davon ab, ob wir jeden Anflug von Resignation überwinden und uns insbesondere in den nächsten drei bis vier Jahren zäh und ausdauernd für neue Impulse in der Friedens- und Abrüstungspolitik engagieren.

Nur wer sich nicht mißmutig ins politische Abseits zurückzieht, sondern auf den politischen Vorrang der Rüstungskontrolle und die Verwirklichung der Berliner SPD-Parteitagsbeschlüsse in der politischen Praxis drängt, wird die notwendige politische Weichenstellung in Richtung auf einen sicheren Frieden bei weniger Rüstung beeinflussen können.
(-/13.12.1979/hi/ca)



Das Raumschiff

Anmerkung zum ICC in Berlin und zu möglichen Folgerungen für den Bundestagsneubau

Von Peter Conradi MdB

Mitglied der Unterkommission Neubauten des Ältestenrates des Deutschen Bundestages

Der Berliner SPD-Parteitag 1979 hatte zwei große Themen und ein kleines: Mittelstreckenwaffen, Kernkraftwerke und das ICC (Internationales Congress-Centrum). Delegierte und Journalisten diskutierten - meist kritisch - das Gebäude, und zahlreiche Redner, unter ihnen der Bundeskanzler, machten in ihren Reden kritische Anmerkungen zum "Raumschiff ICC".

Die Kritik setzt beim Umfeld ein: Der Mammutbau steht ohne Beziehungen zur Stadt auf einer Restfläche zwischen Autobahnspuren. Für den Autofahrer ist er perfekt zu erreichen; der Preis dafür ist die totale städtebauliche Isolierung. Da ist keine Grünanlage zum Luftschnappen in einer Sitzungspause, keine ECKKneipe für ein schnelles Bier um die Ecke, kein Boulevard zum Schlendern. Verloren stehen ein paar Flugblattverteiler herum; kann man sich hier einen Straßenmusikanten, einen Pantomimen, einen Pflastermaler, ein verliebtes Pärchen oder gar spielende Kinder vorstellen? Der Kudamm, nur einige hundert Meter entfernt, liegt in einer anderen, fernen Welt.

Im Inneren des Gebäudes erscheint die Orientierung anfangs einfach: lange, breite Passagen mit Abfertigungsschaltern, Flughafen-Atmosphäre, große Hinweisschilder und Nummern, Rolltreppen. Doch plötzlich muß man den rechten Winkel verlassen, eine Rolltreppe führt schräg nach oben, die nächste Rolltreppe noch einmal im Winkel, und verloren ist jede Orientierung. Es gibt keine Fenster, damit fehlt die Orientierung nach außen, etwa am Funkturm oder an der Sonne. Ich habe viele Delegierte danach gefragt, wie sie in den großen Saal gekommen sind. Auch nach fünf Tagen war keiner in der Lage, mir den Weg in den Saal oder die Lage des Saals im Gebäude zu beschreiben. Der innere Aufbau des Gebäudes ist weder von außen noch von innen ersichtbar.

Die Säle sind perfekt: Die Klimaanlage funktioniert hervorragend, der Ton wird muster-gültig ausgesteuert, die 4.000-Mark-Sessel sind bequem, die Beleuchtung ist gut, ohne grell zu sein, die Klapp-tische sind praktisch. Der Saal wirkt riesig, die Architekturelemente bedrohlich. An einigen Stellen ist die Konstruktion sichtbar, zum Beispiel mit merkwürdigen, unverständlich ausgeformten Kunststoffkörpern verkleidet. Die Verkleidungen wirken beweglich, man fürchtet, Teile der Decke oder der Wände könnten plötzlich ausfahren, sich drehen oder umklappen. Holz fehlt völlig. Durch die Gänge vor den Sitz- und Tischreihen wird der Abstand der Sitzreihen fast doppelt so groß wie bei einer normalen Sessel/Tisch-Bestuhlung: Wer in der fünften Reihe sitzt, fühlt sich wie in der zehnten Reihe in einem normalen Saal. Der Kontakt zu den anderen Delegierten ist nicht nur nach vorne und hinten schwierig, auch seitlich entsteht durch die grauen Metallständer für Tischlampe und Kopfhörer eine optische Trennung, als säße man in einem Sprachlabor, bei dem noch die Trennscheiben fehlen. Die Redner kämpfen verzweifelt gegen diesen großen, perfekten, unterkühlten Saal. Der Blickkontakt zu den Zuhörern ist gering, man hört kaum den Beifall, Stimmung kommt nur selten auf, zum Beispiel bei Walter Jens' furioser Rede.

Auch in den Foyers und Restaurants, Nebenräumen äußerste Perfektionen. Daß eine Rolltreppe einmal ausfällt, zu wenig Telefone da sind oder WC-Türen noch keine Schlösser



haben, sind Nebensächlichkeiten. Was hingegen zählt, ist die Überarchitektur, das allgegenwärtige Zuviel an Design. Da wird das einfachste Hinweisschild zur Demonstration. Überall stehen Sichtgeräte einer zentralen Informationsanlage herum, an denen man eine Handvoll von Informationen abrufen kann: Wo es etwas zu essen gibt, was im ICC nächstens stattfindet (wenig!), welche Buslinien einen in die Stadt bringen, und derlei Schnickschnack, aber wie diese lächerlichen Bildschirme dramatisch zu "Terminals" aufgemotzt werden, ist kennzeichnend für die Imponier-Architektur des Gebäudes. Eine vertane Chance. Die alten Delegierten kommen am Rande des Parteitages ins Schwärmen: Ja damals im "Rosengarten" in Mannheim (1975), in der (zu kleinen) Stadthalle in Hannover (1973) oder in der Liederhalle in Stuttgart (1958) - da gab es Stimmung. Und einige westliche Westfalen behaupten steif und fest, selbst in der Westfalenhalle in Dortmund sei mehr Atmosphäre gewesen. Der Parteivorstand wird gut daran tun, den beim Parteitag 1977 im Hamburger Congress Centrum begonnenen Weg zu überdenken:

SPD-Parteitage brauchen eine Atmosphäre, in der man nicht auseinandergesetzt wird, sondern in der man sich näherkommt, in der auch der ungelübte Redner eine Chance hat, in der etwas von der Wärme spürbar werden kann, die nach den Worten Brandts, Schmidts und Bahrs für die SPD so wichtig ist.

Die Neubaukommission des Bundestages wäre gute beraten, wenn sie sich vor weiteren Entscheidungen nicht nur das Berliner ICC, sondern auch andere vergleichbare große Projekte ansieht. Für das städtebauliche Umfeld, für Größe und Ausformung des Saales und für die Architektursprache ist das ICC ein lehrreiches Beispiel für die Gefahren eines solchen großen Gebäudes. Eine Hutnummer kleiner, im Plenarsaal, bei den Abgeordneten-Büros und bei der Verwaltung, könnte dem neuen Bundestag nur gut tun. Die Bürger, die dafür bezahlen müssen, hätten bestimmt nichts dagegen.

(-/13.12.1979/vo-he/ca)

+

+

+



Jetzt liegt die Entscheidung bei der Sowjetunion

Entscheidung des Bündnisses kann von allen Partnerländern mitgetragen werden

Von Wolfgang Fechner

Die Entscheidung der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO entspricht zwar dem vorher abgesteckten politischen Rahmen, es darf aber nicht übersehen werden, daß es nicht gelungen ist, alle Bündnispartner auf den gewünschten Nenner zu bringen. Das Verlangen Belgiens und der Niederlande, die Entscheidung über die Stationierung der modernen eurostrategischen Waffen der Atlantischen Allianz noch um sechs Monate zu verschieben beziehungsweise die Bündnisentscheidung Ende 1981 im Lichte der bis dahin geführten Rüstungskontrollverhandlungen noch einmal zu überprüfen, ändern am Sachgehalt jedoch nichts. Keines der Bündnisländer hat die politische Notwendigkeit des Nachrüstungsbeschlusses angesichts der sowjetischen Rüstungspolitik verneint, so daß durchaus von einer einmütigen Entscheidung gesprochen werden darf. Die unterschiedlichen Auffassungen, die in der Konferenz am Mittwoch unter dem Druck der nationalen Parlamente Belgiens und der Niederlande zum Ausdruck kamen, betreffen allein das Verfahren. Daß es sich dabei nicht um grundsätzliche Meinungsunterschiede handelt, wird auch daran deutlich, daß die dänische Vorstellung, die Entscheidung insgesamt um sechs Monate aufzuschieben, überhaupt nicht auf den Tisch kam.

Die Bundesregierung hat durch Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher und Verteidigungsminister Hans Apel die bereits vorher festgelegten Positionen vertreten und sich zu dem Bemühen bekannt, die für notwendig gehaltene Nachrüstung auf einem möglichst niedrigen Niveau zu halten. Jeglicher Automatismus ist ausgeschlossen, das heißt das Bündnis hat sich vorbehalten, die Zahl der für die Nachrüstung vorgesehenen Mittelstreckenwaffen nach entsprechenden Ergebnissen der angestrebten Rüstungskontrollverhandlungen zu reduzieren. Das Bündnis denkt auch nicht daran, numerisch ein eurostrategisches Gleichgewicht herzustellen, obwohl es sich de Jure diese Option offengehalten hat. Das demonstriert zugleich, daß keine Abkoppelung des eurostrategischen Arsenal der NATO vom interkontinentalen Potential erwogen wird.

Mit seiner Entscheidung, die trotz der vorhandenen Schönheitsfehler von allen beteiligten Regierungen mitgetragen werden kann und mitgetragen wird, hat das Bündnis die Entscheidung darüber, welche Art und welchen Ausmasses die westliche Mittelstreckenrüstung sein wird, praktisch in die Hände der sowjetischen Führung gelegt.

Der Beschluß der Außen- und Verteidigungsminister war unter den gegebenen Umständen die einzige Möglichkeit, sowohl den Bedenken einzelner Mitgliedsländer wie den militärischen Erfordernissen gerecht zu werden. Jedes weitere Zögern hätte von Monat zu Monat den vorhandenen Vorsprung der Sowjetunion im Mittelstreckenbereich zum Nachteil des westlichen Bündnisses vergrößern und die Gefahr einer ernsthaften Störung der Stabilität heraufbeschwören müssen.

Es wird jetzt Aufgabe der Politiker sein, den Bedenken jener Rechnung zu tragen, die aus dem Beschluß von Brüssel eine Verschärfung der Konfrontation mit dem Ostblock fürchten. Diese Besorgnisse müssen überzeugend ausgeräumt werden. Der lange Zeitraum, der technisch notwendig ist, um die Voraussetzung für die Nachrüstung in dem Bereich zu schaffen, in dem die Sowjetunion bereits präsent ist und jeden Monat stärker wird, schließt aus, daß die Rüstungsspirale erneut in Gang gesetzt wird. Voraussetzung ist allerdings, daß sich die Sowjetunion wirklich verhandlungsbereit zeigt. (-/13.12.1979/ks/ca)

+ + +



Von großer Bedeutung

Zur deutschen Ausgabe des Buches von Edvard Kardelj "Die Wege der Demokratie
in der sozialistischen Gesellschaft"

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Als Edvard Kardelj am 9. Februar 1979, kurz nach seinem 68. Geburtstag, starb,
schrieb Herbert Wehner im Pressedienst der SPD-Bundestagsfraktion:

"Zum Wesen Edvard Kardeljs gehörte die Fähigkeit, gleichermaßen klärend und
verbindend zu wirken. Er war unermüdlich und unerschöpflich, wenn es darum
ging, zu erläutern, Anregungen aufzugreifen und umzusetzen, aber auch Ver-
suchungen zu Opportunismus und Gefälligkeitsverhalten zu widersprechen und
zu widerstehen. Auch ausländische Gesprächspartner erlebten in ihm einen
aufrichtigen Interpreten der Entwicklung Jugoslawiens und der Rolle der
Föderativen Republik im Verhältnis zur übrigen Welt. Er wurde geschätzt
als ein solider und verständiger Partner. Unverwischbar bleiben wird im
Gedenken an die Persönlichkeit Edvard Kardeljs seine natürliche Bescheiden-
heit und die Verlässlichkeit des von ihm gegebenen Wortes auch in Fällen
unterschiedlicher oder gegensätzlicher Interessen. Kardelj begehrte nicht
Unterordnung oder Unterwerfung unter seine Anschauung, sondern blieb bemüht
um Verständnis und wenn möglich Verständigung."

Davon zeugt auch das jetzt in deutscher Sprache vorliegende Buch "Die Wege der Demo-
kratie in der sozialistischen Gesellschaft". Dieses Buch markiert eine wichtige
Station in der Entwicklung des jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus. Auch
dem Außenstehenden vermittelt das Buch und die Diskussion, die es auslöste, wich-
tige Einblicke in die jugoslawische Entwicklung. Noch wichtiger ist für die Außen-
stehenden der Beitrag des Buches zur allgemeinen Diskussion um Sozialismus und
Demokratie: Auf Kardeljs Wirken geht es zurück, daß das Prinzip der Selbstverwal-
tung im föderativen Staatsaufbau und in der Wirtschaftsplanung Jugoslawiens immer



stärker durchgesetzt wurde. Seine Arbeit war ausschlaggebend für den Beschluß des letzten Parteitages des Bundes der jugoslawischen Kommunisten über das Verhältnis der Selbstverwaltung in den Betrieben zu den Führungsaufgaben des Bundes. Das von ihm in Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Demokratie des Westens und dem bürokratischen Zentralismus des Ostens entworfene Konzept eines Pluralismus der demokratischen Selbstverwaltungs-Interessen wird auch nach seinem Tode für die Diskussion der europäischen Linken von großer Bedeutung sein.

Kardelj hat recht, daß die Diskussion um demokratischen Pluralismus nicht identisch ist mit der Diskussion um die parlamentarische Demokratie. Als deutscher Sozialdemokrat, das heißt als Mitglied einer Partei, die seit so langer Zeit für die Fortentwicklung und Umformung des bürgerlichen Parlamentarismus zum demokratischen Sozialstaat gekämpft hat, kann ich seine Bewertung der parlamentarischen Demokratie aber nicht durchgängig teilen. Vor allem halte ich parlamentarische Demokratie und gesellschaftliche Selbstverwaltung für miteinander vereinbar.

Wichtig ist hier aber in erster Linie nicht die Übereinstimmung, sondern die grenzüberschreitende Diskussion. Dabei meine ich nicht nur Ländergrenzen; ich meine auch die Grenze, die die tragische Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung in diesem Jahrhundert gezogen hat. Es ist kein Zufall, daß es ein jugoslawischer Kommunist war, der auch über diese Grenze hinweg einen so wichtigen Beitrag zur Frage von Demokratie und Sozialismus geleistet hat, einer Frage, von der heute die Einheit Europas abhängt.

In diesem Sinnè hoffe ich, daß Edvard Kardelj's Buch auch in beiden deutschen Staaten eine breite Leserschaft finden wird.

(-/13.12.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

